



Lokales und
Regionales Europa

Welche Zukunft für Europa?



Eine Vision aus kommunaler
und regionaler Perspektive



Über den RGRE

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) ist die größte Organisation kommunaler und regionaler Verwaltungen in Europa. Zu ihren Mitgliedern zählen über 60 nationale Gemeinde- und Regionalverbände aus 41 Staaten Europas. Insgesamt vertreten diese Verbände etwa 130.000 kommunale und regionale Verwaltungen.

Der RGRE verfolgt zweierlei Ziele: Einfluss auf die europäische Gesetzgebung im Auftrag der Städte, Gemeinden und Regionen zu nehmen und ein Forum für den Austausch seiner Mitgliedsverbände und ihrer gewählten Vertreter und Experten zu bieten.

Darüberhinaus ist der RGRE die europäische Sektion der Weltorganisation "Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften" (UCLG).

DIE ZUKUNFT EUROPAS UND DER EUROPÄISCHEN UNION AUS KOMMUNALER UND REGIONALER PERSPEKTIVE

PRÄAMBEL

1. Der Europäische Zusammenschluss ist das Ergebnis einer langen Geschichte von Konflikten und Zersplitterungen; er beruht auf einer gemeinsamen europäischen Vision seines Schicksals. Er gründet auf **gemeinsamen Werten**: Demokratie, Menschenrechte, Gleichheit und Rechtsstaatlichkeit. Der europäische Zusammenschluss findet seinen Ausdruck im rechtlichen Rahmen sowohl der Europäischen Union als auch des Europarats.
2. In einem durch Vielfalt gekennzeichneten Kontinent sind **politische Zusammenarbeit** und Dialog auf der Grundlage gemeinsamer Werte von größerer Bedeutung denn je. Die Achtung dieser gemeinsamen Werte ist wichtiger denn je.
3. Die Achtung der **Vielfalt** sollte als gemeinsamer europäischer Wert anerkannt werden. Subsidiarität stellt eine vernünftige Lösung für die Herausforderungen eines vielfältigen Kontinents dar, in dem kommunalen und regionalen Verwaltungen eine zentrale Rolle in der politischen Führung und Verantwortung zukommt.
4. **Dezentralisierung** und Gewaltenteilung sind wesentliche Bausteine einer Demokratie. Verwaltungseinheiten unterhalb der Zentralregierung (Kommunen, Kreise, zwischengeschaltete Verwaltungen und Regionen) bilden das Rückgrad der politischen und verwaltungsrechtlichen Struktur unserer Staaten; hier können die Bürger direkt Einfluss nehmen auf die Art und Weise, in der ihr Gemeinwesen regiert wird, und eine aktive Rolle in der Gesellschaft übernehmen.
5. Seit seiner Gründung ist der RGRE für die **Selbstverwaltung** auf kommunaler und regionaler Ebene und die Anerkennung ihres Beitrages zum europäischen Projekt eingetreten. Unser Engagement hat 1985 zu der Verabschiedung der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung durch den Europarat geführt. Gegenwärtig beobachten wir jedoch in einigen Staaten Europas eine Bedrohung der kommunalen Selbstverwaltung und beunruhigende Entwicklungen, die auf eine Rückkehr zum Zentralstaat abzielen. Daher fordern wir, dass die Grundsätze der Charta in allen Ländern Europas beachtet und vollzogen werden.
6. Angesichts der aktuellen geopolitischen Situation und Herausforderungen bekräftigen die kommunalen und regionalen Verwaltungen ihren Glauben an ein **starkes und geeintes** Europa, das auf unseren gemeinsamen Werten gegründet ist. Viele globale Probleme sind offensichtlich und müssen auf kommunaler und regionaler Ebene angegangen werden. Der RGRE bringt die führenden kommunalen und regionalen Politiker an einen Tisch, in Vielfalt und Solidarität vereint, einem friedlichen und erfolgreichen Leben der Menschen verpflichtet, die in unseren Städten, Gemeinden und Regionen leben.
7. Die **Europäische Union** hat die Geschichte und Geisteshaltung ihrer Bürger wesentlich beeinflusst. Sie bleibt ein einmaliges Beispiel politischer Integration, auch wenn sich das europäische Projekt in einer der schwierigsten Phasen seiner Geschichte befindet.
8. Die Zukunft der Europäischen Union betrifft alle Europäer, ob sie nun innerhalb oder außerhalb der EU leben; daher müssen **Überlegungen** über die Zukunft Europas über die EU in ihrer jetzigen Zusammensetzung hinausgehen. Die Situation von Nicht-Mitgliedern und potentiellen EU-Kandidaten muss thematisiert und ihnen eine Perspektive in einem Europa der Zukunft vermittelt werden.
9. Die Zukunft Europas darf nicht allein von Staats- und Regierungschefs, Regierungen und Parlamenten diskutiert werden. Wir fordern eine **breite Debatte**, die die Menschen ermutigt, ihre Ideen und Wünsche für Europa zu formulieren.

10. Die politisch Verantwortlichen müssen den **Bürgerinnen und Bürgern** zuhören und ihre Bedenken bezüglich des europäischen Projekts verstehen. Auf der Grundlage eines solchen Dialogs müssen die politisch Verantwortlichen die notwendigen Schlüsse ziehen und mutige Entscheidungen fällen, um die Europäische Union auf einem Weg voranzubringen, auf dem sie von ihren Bürgern unterstützt wird.
11. Das **Weißbuch** der Europäischen Kommission zeigt fünf Szenarien für Europa bis 2025 auf und stößt eine breite Debatte an; Kommunen und Regionen sind wichtige Akteure und müssen dabei eine aktive Rolle spielen. Der RGRE und seine Mitglieder werden wertvolle Beiträge zu den folgenden Debatten leisten und die besonderen kommunalen und regionalen Aspekte bei jedem sie betreffenden Thema hervorheben. Angesichts der bevorstehenden Veröffentlichung verschiedener Diskussionspapiere fordern wir die Europäische Kommission dazu auf, ein eigenes Kapitel zur kommunalen und regionalen Dimension der betreffenden Themen aufzunehmen.



EIN EUROPA, DAS NÄHER AN SEINEN BÜRGERN IST

12. **Es bedarf verstärkter Bemühungen zur Schaffung engerer Verbindungen zwischen den Herausforderungen, denen sich die Bürger im Alltag stellen müssen, und den Lösungen, die Europa und die Europäische Union bereitstellen sollten; daher muss sichergestellt werden, dass kommunale und regionale Verwaltungen eine aktive Rolle in der Entwicklung und Umsetzung dieser Lösungen spielen.**

12.1 Menschen weltweit erleben eine **Vertrauenskrise** bezüglich der Fähigkeit der politischen Führung, angemessen auf ihre Sorgen und Nöte einzugehen. Dieser Trend ist besorgniserregend, und in Europa haben Wirtschafts- und Finanzkrise, Migration, Globalisierung und geopolitische Entwicklungen Fragen aufgeworfen, ob unsere Führung in der Lage ist, geeignete Lösungen anzubieten.

12.2 Die Formen der **Bürgerbeteiligung** haben sich über die Jahre dank neuer Kommunikationsmittel fortentwickelt. Die Bürger wollen nun in spezifischen Politikbereichen, und nicht nur in allgemeine Fragen einwirken; Kommunikation und Interaktion müssen sich diesem neuen Trend anpassen.

12.3 In der Europäischen Union haben anhaltend hohe Jugendarbeitslosigkeit in einigen Mitgliedsstaaten, teilweise niedrige öffentliche Investitionen in Infrastruktur und Grundversorgung sowie die Fokussierung auf den europäischen **Binnenmarkt** dazu geführt, dass viele Europäer glauben, der einzige Zweck der Union sei die wirtschaftliche Integration.

12.4 Als Verwaltungsebene, die am nächsten an den Bürgern operiert, suchen Städte, Gemeinden und Regionen nach Wegen, um die Bürger über den Wahlprozess hinaus zu beteiligen. Bis zu 75 Prozent der gesetzlich festgelegten Aufgaben der Kommunen sind durch EU-Gesetzgebung betroffen; daher kommt kommunalen und regionalen Verwaltungen eine entscheidende Rolle bei der Umsetzung **europäischer Regelungen** und der Erklärung der Grundprinzipien und der Vorteile der europäischen Zusammenarbeit für die Bürger zu. Das ist eine anspruchsvolle Aufgabe, da sie zeigen müssen, dass es keine einfachen Lösungen für komplexe Probleme gibt.

12.5 Hochwertige **öffentliche Dienstleistungen** auf kommunaler und regionaler Ebene sowie vernünftige Lebensbedingungen stärken das Vertrauen in die öffentliche Verwaltung und Einrichtungen. Dieses Vertrauen beruht auf der kontinuierlichen, zuverlässigen und finanziell tragbaren Leistungserbringung durch die Kommunen und Regionen und kann erschüttert werden, wenn die Kommunen und Regionen ihre öffentlichen Leistungen nicht

frei innerhalb eines belastbaren gesetzlichen Rahmens organisieren und finanzieren können. Dieser Tatsache müssen auch die europäischen Regelungen Rechnung tragen.

12.6 Es ist wichtig daran zu erinnern, dass durch die Förderung des **Austauschs** zwischen Bürgern durch Städtepartnerschaften gerade die Städte und Gemeinden wesentlich zu dem Gefühl beigetragen haben, einer gemeinsamen europäischen Gemeinschaft anzugehören. Den Wert dieses Gefühls wiederzubeleben und die europäische Identität zu stärken liegt in der Verantwortung aller Verwaltungsebenen, besonders aber der Kommunen.

EIN EUROPA, DAS SEINE VIELFALT SCHÄTZT

13. Europas Stärke liegt in seiner Vielfalt im Hinblick auf Kultur, Geschichte, Identität, Traditionen, politische Systeme u.v.m. Diese sollte soweit wie möglich geschätzt und respektiert werden.

13.1 Die Unterschiede in Europa sind sein **Schatz**, und wir sind stolz auf unser Kulturerbe und unsere Geschichte. Offene Grenzen, der freie Austausch von Waren und Dienstleistungen, die Freizügigkeit von Menschen sind große Errungenschaften, die es den Europäern ermöglichen, in viele europäischen Staaten zu reisen, dort zu leben und zu arbeiten.

13.2 Kontinentaleuropäische **Partnerschaften** wie der Europarat und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, die OSZE wie auch die Erweiterungen der Europäischen Union fördern gemeinsame Wertevorstellungen, tragen zu einem besseren Verständnis unserer Verschiedenheit bei und stärken die Einheit, Solidarität und Toleranz, haben neue Märkte geöffnet und neue Möglichkeiten für Arbeitskräfte geschaffen.

13.3 Programme wie "Europa für Bürgerinnen und Bürger" und "Erasmus+", die den Austausch zwischen den Menschen fördern, sind extrem wertvoll, da sie zu einem gemeinsamen Verständnis unserer Vielfalt beitragen. Daher sollten sie konsequenterweise in Umfang und Bedingungen auf alle in Frage kommenden Länder ausgeweitet werden, die Assoziierungsabkommen mit der EU geschlossen haben.

EIN EFFEKTIVES EUROPA, DAS SICH AUF DIE WICHTIGEN THEMEN KONZENTRIERT

14. Wichtige globale Herausforderungen wie Sicherheit, Migration, Klima, Energie und Handel, sowie für die Euro-Länder Wirtschafts- und Finanzpolitik, sind Themen, die am besten gemeinsam angegangen werden.

14.1 Zur Lösung wichtiger globaler Herausforderungen bedarf es einer effektiveren Europäischen Union. Der politische und gesetzliche Rahmen sollte sich darauf **konzentrieren**, was tatsächlich auf EU-Ebene geregelt werden muss, und die Führung sollte den Mut haben, auf allzu detaillierte bürokratische Vorschriften zu verzichten.

14.2 Die Bestimmungen und Vorschriften der EU sollten nicht zu detailliert sein und stärker die tatsächlich vorhandenen Unterschiede beachten, so dass **Flexibilität** und Handlungsspielraum die Erreichung gemeinsam vereinbarter Ziele erleichtern. Die Mitgliedsstaaten sollten in enger Abstimmung mit allen Betroffenen den besten Weg zur Erreichung der gewünschten Ergebnisse festlegen.

14.3 Derzeit werden verschiedene **Szenarien** zur Festlegung eines möglichen Zukunftsplans für die EU diskutiert. Der RGRE begrüßt die aktuellen Diskussionen über die verschiedenen Optionen für die Zukunft Europas – ohne bereits jetzt eine Option zu favorisieren. Die Mitglieder des RGRE müssen die verschiedenen von der Europäischen Kommission vorgeschlagenen Szenarien noch gründlich diskutieren, insbesondere in Bezug auf ihre Bedeutung für die Kommunen und Regionen. Das kann auch die Bereiche der Zuständigkeiten und der Einrichtungen der EU betreffen. Das vorliegende Papier will diesen Diskussionen nicht zuvorkommen.

14.4 Kommunalen und regionalen Verwaltungen sollte mehr **Vetrauen** geschenkt und die Prinzipien der Subsidiarität, Proportionalität und Finanzautonomie sollten konsequent angewendet werden. Die Idee der "Governance in Partnerschaft" sollte im Sinne einer fairen Verteilung der Zuständigkeiten und angemessener und effizienter Mechanismen der Koordination und Zusammenarbeit zwischen allen Verwaltungsebenen umgesetzt werden. Wo notwendig sollten die Fähigkeiten der Kommunen und Regionen gestärkt werden, so dass sie zu einer erfolgreichen Ausgestaltung und Umsetzung der gemeinsamen Politiken beitragen.

Ein Europa, das inklusiv, innovativ und nachhaltig ist

15. Eine politisch und wirtschaftlich stärker integrierte Europäische Union muss sich über den Binnenmarkt hinaus entwickeln und echte Solidarität befördern.

15.1. Wir müssen für ein soziales, **bürgernahes** Europa der Freiheit, Chancengleichheit und Solidarität kämpfen, um die Europäische Union zu einem Wohlfahrtsstaat zu machen. "Governance in Partnerschaft" wird den Erfolg bei der Gründung eines sozialen Europas garantieren.

15.2 Die Politik des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen **Zusammenhalts** muss gestärkt werden, so dass neue Herausforderungen gemeistert und die Erwartungen der Bürger erfüllt werden können. Jugendrelevante Themen, Gleichstellung der Geschlechter, Antidiskriminierung, soziale Inklusion, Integrationspolitik, Digitalisierung, aktives Altern und qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sollten gemeinsam mit dem Kampf gegen den Klimawandel, Umweltschutz, Beschäftigung, Bildung und Wettbewerbsfähigkeit den Kern der Anstrengungen bilden, um die wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Unterschiede in Europa zu bekämpfen, und mit einem gewissen Maß an Flexibilität umgesetzt werden, die es den Kommunen erlaubt die beste Lösung für ihre Situation zu wählen.

15.3 Wir rufen zu einer territorialen und sozialen Kohäsion innerhalb Europas auf, die auf den Grundlagen der Partnerschaft, Solidarität, Freiheit und Würde für alle beruht. Gemeinsam mit der sozialen und territorialen Kohäsion muss ein **Gleichgewicht** zwischen ländlichen, städtischen und stadtnahen Regionen sichergestellt werden. Besonderes Augenmerk ist auf die Gegenden zu legen, die von starker Abwanderung betroffen sind.

15.4 Besondere Beachtung soll einer solidarischen Umsiedlung von **Flüchtlingen** in EU-Staaten auf der Grundlage regionaler, nationaler und historischer Bedingungen gelten, und Kommunen und Regionen sollen die notwendige Unterstützung und Ressourcen zur erfolgreichen mittel- und langfristigen Integration erhalten.

15.5 Das soziale und wirtschaftliche Modell der Europäischen Union muss **Innovation** fördern, sich an Umweltbelangen, digitaler Revolution und globaler Wettbewerbsfähigkeit ausrichten und sollte Modelle für eine gut funktionierende Zusammenarbeit im Sozialen Dialog entwickeln. Europa hat den Ehrgeiz und das Potential, die wettbewerbsfähigste wissensbasierte Wirtschaft der Welt zu werden.

15.6 Zur Erreichung der Nachhaltigen Entwicklungsziele sowie der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und der Agenda 2030, mit der robuste Gemeinschaften geschaffen werden sollen, die ohne Kohlenstoff auskommen, sollte Europa auch weiterhin auf allen Verwaltungsebenen mutig **handeln**. Vorzugsweise soll eine integrierte und nachhaltige Städtepolitik einschließlich Mobilität, erneuerbarer Energie, Kreislaufwirtschaft usw. gefördert werden: wir fordern hier ausreichende finanzielle Unterstützung durch die Europäische Union und die Mitgliedsstaaten.

16. Europa trägt wesentlich zum Frieden, Wohlstand und zur Nachhaltigkeit in der Welt bei, ebenso wie andere europäische Organisationen wie der Europarat oder die OSZE. Es sollte sich auch weiterhin auf Demokratie auf kommunaler Ebene und die Entwicklung der Nachbarstaaten konzentrieren. Wir unterstützen ein Europa, das den Interessen der Kommunen und Regionen bei Verhandlung internationaler Abkommen und von Entwicklungsprogrammen eine Stimme gibt.

16.1 Auf kommunaler und regionaler Ebene kann der Umsetzung der Agenda 2030, den Nachhaltigen Entwicklungszielen, dem Klimaschutzabkommen und der Neuen Städteagenda ein wichtiger Schub gegeben werden. Als Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen haben sich alle Länder Europas verpflichtet, Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele zu ergreifen. Der **Lokalisierungsprozess** der Agenda 2030 sollte daher mit einer echten Verpflichtung zur Stärkung der Zusammenarbeit der verschiedenen Regierungsebenen und der verschiedenen Sektoren einhergehen.

16.2 Als stabile und angesehene Partner beeinflussen die europäischen Staaten als Mitglieder der Europäischen Union, aber auch anderer europäischer Organisationen wie unter anderen des Europarats, der UN-Wirtschaftskommission für Europa, der OECD, etc. in bedeutender Weise die relevanten internationalen **Verhandlungen** und Entscheidungen auf globaler Ebene. Da sich Globalisierung und Migration eindeutig auf kommunaler und regionaler Ebene auswirken, sollten Kommunen und Regionen bei diesen Themen konsultiert werden. Sie können wichtige Unterstützung liefern und die Maßnahmen der nationalen Regierungen bei der Lösung globaler Herausforderungen ergänzen. Der RGRE und seine Mitglieder haben in Zusammenarbeit mit ihren Partnern in dem weltweiten Dachverband "Vereinigte Städte und lokale Gebietskörperschaften" (UCLG) ihren Einfluss auf globale Themen gezeigt, zuletzt im Klimaschutzabkommen, den Nachhaltigen Entwicklungszielen und in der Diskussion um die Neue Städteagenda.

16.3 Unsere Erfahrung mit Subsidiarität und Stärkung kommunaler Selbstverwaltung in Europa ist in der Zusammenarbeit mit der übrigen Welt wichtig: wir fordern Europa auf, die Vorteile stark **dezentralisierter** demokratischer Strukturen hervorzuheben; internationale Entwicklungsprogramme sollten stärker Projekte mit kommunalen Verwaltungen und kommunalen Handlungsträgern, einschließlich der Zivilgesellschaft, hervorheben.

16.4 Internationale **Zusammenarbeit** muss ein Instrument der Solidarität bleiben und vorhandene Entwicklungsprozesse respektieren. Die wesentlichen Faktoren für die Entwicklung müssen einbezogen werden – kommunale Verwaltungen und Zivilgesellschaft -, während Ungleichheiten aufgrund von Kriegen, unfairen Wirtschaftspraktiken oder Klimawandel infolge industrieller Aktivität ausgeglichen werden müssen.



UNSER SZENARIO: EINE KOMMUNALE UND REGIONALE AGENDA ZUR STÄRKUNG EUROPAS UND DER EU

17. Die politisch Verantwortlichen in Europa sollten die Gelegenheit nutzen und das europäische Projekt überdenken sowie die Politik und Institutionen gemäß dem Ergebnis der aktuellen Überlegungen über die gemeinsame Zukunft Europas anpassen.

17.1 Jede Diskussion über die Zukunft Europas sollte auf der Anerkennung der Grundsätze der **kommunalen Selbstverwaltung**, Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit und der bedeutenden Rolle der Kommunen und Regionen als Rückgrat unserer Staaten und Gesellschaften beruhen.

17.2 Die zukünftige institutionelle Organisation der Europäischen Union sollte über geeignete und effiziente Instrumente und **Führungsstrukturen** verfügen, die auf das bestehende System aufbauen und in dem kommunale und regionale Verwaltungen und ihre repräsentativen Organisationen an der Entwicklung, Umsetzung, Überwachung und Überprüfung der Politik und Gesetzgebung mitwirken.

17.3 Nur so kann Europa und die Europäische Union **erfolgreich** eine sinnvolle Politik für die Bürger entwickeln und die Chancen für die Wiedererlangung ihres Vertrauens und ihrer Unterstützung erhöhen.

Der RGRE und seine Mitgliederverbände sehen sich als engagierte Partner der europäischen Institutionen und der Zentralregierungen. Daher sind wir jederzeit bereit, uns konstruktiv in die Debatten über die Zukunft Europas und der Europäischen Union einzubringen. Eine Zusammenarbeit ist die beste Grundlage für eine effiziente Zukunftsstrategie.

ANHANG

THEMENBEZOGENE POSITIONSPAPIERE DES RGRE

ZU EUROPA UND DER EUROPÄISCHEN UNION

- Erklärung zum Brexit (https://www.staedtebund.gv.at/fileadmin/USERDATA/aktuelles/dokumente/CEMR%20Declaration%20Brexit_DE.pdf), Juli 2016
- Erklärung zum 60. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge (englische Version: Declaration on the 60th anniversary of the signature of the Treaty of Rome), März 2017

ZU KOMMUNALER UND REGIONALER VERWALTUNG IN BEZUG AUF ENTSPRECHENDE THEMEN

- Bessere Regeln für bessere Ergebnisse (englische Version: Better Regulation for Better Results), Oktober 2015
- Eine EU-Städteagenda (englische Version: An EU Urban Agenda), Dezember 2015
- Wiederbelebung lokaler öffentlicher Investitionen (englische Version: Reviving local public investments), Dezember 2015
- Pariser Resolution: Flüchtlingskrise: Für eine gemeinsame europäische Asylpolitik auf allen staatlichen Ebenen, Dezember 2015
- Aufruf zu einer echten gemeinsamen europäischen Asylpolitik (http://rgre.de/fileadmin/redaktion/pdf/aktuelles/CEMR_call_final_DE__2_.pdf; englische Version: Call for a real common European Asylum Policy), April 2016
- Kernprioritäten der Geschlechtergleichstellung (englische Version: Key Priorities on Gender Equality), Dezember 2016
- Kernbotschaften zur Zukunft des Programms "Europa für die Bürger" (englische Version: Key messages on the future of the Europe for Citizens Programme), Juni 2017

ZU THEMEN DER INKLUSION, INNOVATION UND NACHHALTIGKEIT

- Die Zukunft der Kohäsionspolitik (englische Version: Future of Cohesion Policy), Juni 2017
- Kreislaufwirtschaft (englische Version: Circular economy), Dezember 2016
- Die europäische Säule der Sozialrechte (englische Version: European Pillar of Social Rights), Juni 2017
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie (englische Version: Work-Life Balance), Juni 2017

ZUR ROLLE DER KOMMUNALEN UND REGIONALEN VERWALTUNG AUF GLOBALER EBENE

- Der Klimagipfel in Paris (englische Version: Summit on climate change), Dezember 2015
- Der Klimagipfel in Marrakesch (englische Version: Marrakesh Summit on climate change), Dezember 2016
- Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft TTIP (englische Version: Transatlantic Trade and Investment Partnership (TTIP)), April 2015
- Habitat III und die "New Urban Agenda" (englische Version: Habitat III process and the new Urban Agenda), April 2016

THEMENBEZOGENE POSITIONEN DER PLATTFORMA-KOALITION VON HANDLUNGSTRÄGERN FÜR NACHHALTIGE ENTWICKLUNG

- Für eine neue europäische Nachbarschaftspolitik (Englische Version: Towards a New European Neighbourhood Policy), Juni 2015
- Habitat III und die "New Urban Agenda" (englische Version: Habitat III process and the new Urban Agenda), April 2016

- Erklärung von PLATFORMA (Regionale und lokale Behörden für Entwicklung) zur EU-Globalstrategie und der Agenda 2030 (englische Version: PLATFORMA declaration on the EU Global Strategy and the 2030 Agenda), April 2016
- Position von PLATFORMA zum Neuen Rahmen für die Partnerschaft der EU mit Drittländern (englische Version: PLATFORMA position on the EU's New Partnership Framework with third countries), September 2016
- Position von PLATFORMA zur Überarbeitung des Europäischen Konsenses zur Entwicklungspolitik (englische Version: PLATFORMA position on the Revision of the European Consensus on Development), September 2016
- Beiträge von Platforma: Ungleichheit auf kommunaler und regionaler Ebene bekämpfen (englische Version: PLATFORMA's contributions: Fighting inequalities with the local and regional perspective), November 2016
- Fünf Empfehlungen von PLATFORMA zur Stärkung der Kommunen im überarbeiteten Europäischen Konsens zur Entwicklungspolitik (englische Version: PLATFORMA's five recommendations to strengthen the local dimension in the re-vised EU Consensus on Development), Dezember 2016.

Juni 2017

Weitere Informationen



www.cemr.eu



carol.thomas@ccre-cemr.org



[@ccreecemr](https://twitter.com/ccreecemr)



Mit finanzieller Unterstützung
des Programms "Europa für
Bürgerinnen und Bürger"

Die Unterstützung der Europäischen Kommission für die Herstellung dieser Veröffentlichung stellt keine Billigung des Inhalts dar. Dieser gibt ausschließlich die Meinung der Verfasser wieder. Die Kommission haftet nicht für die weitere Verwendung der darin enthaltenen Angaben.